

Immer wieder Stress im Wohnheim



Internationale Studierende üben Kritik am Studierendenwerk (Symbolbild: caro)

Mehr als die Hälfte der Mieter*innen in den Wohnheimen des Studierendenwerks Essen-Duisburg sind internationale Studierende. Die Kritik, dass internationale und deutsche Studierende oftmals getrennt voneinander untergebracht würden, hält an. Aber auch die Mieterhöhung vom März sorgt noch immer für Unmut. Wir haben mit zwei internationalen Studierenden und dem Studierendenwerk über die Situation gesprochen.

Als „unbewohnbar“ bezeichnet Enis* das Wohnheim in der Duisburger Straße 445 in Mülheim an der Ruhr. Er habe den Eindruck, es sei „das schlimmste“, was es gebe. „Ein Zusammenleben gab es nicht, jeder war in seinem Zimmer. Und das war nicht nur in meiner WG so“, erklärt er. Auch Fiora*, die Anfang Oktober in das Wohnheim einzog, berichtet von alter, dreckiger Einrichtung, Küchenfenstern, die zum Wohnheimflur zeigen und mangelnder Orientierungs- und Vermittlungshilfe bei Problemen. „Since I cannot bear to live here anymore, I found another place, but I will still have to pay for the dorm until March“, erklärt sie. Beide kritisieren, dass man keinen Anschluss an deutsche Studierende gehabt hätte.

Das Studierendenwerk erwidert, es gebe „mehr Kritik von den Deutschen, dass sie nicht mit Programmstudierenden zusammen wohnen möchten“, außerdem sei „die Lebensweise auch oft anders“, so Michaela Knapp, Bereichsleiterin Wohnen. Pressesprecherin Johanne Peito fügt hinzu, dies liege an der hohen Fluktuation. Zudem meldeten sich nur wenige internationale Studierende, die sagen, „sie möchten mit Deutschen zusammen wohnen.“ Enis kann das nicht bestätigen, er hält es eher für die Mentalität des Studierendenwerks: „Ich möchte mit Muttersprachlern hier reden, ich möchte andere kennenlernen. Ich möchte die

Chance, nach Deutschland zu kommen, ausnutzen und nicht im eigenen Kreis bleiben.“

63 Prozent der Mietenden des Studierendenwerks sind internationale Studierende. Man achte darauf, dass der Anteil der einzelnen Nationalitäten je Wohnheim nicht mehr als zehn Prozent betrage, so Peito. Eine Praxis, die an Obergrenzen erinnert. Fiora hat einen anderen Eindruck von ihrem Wohnheim in Mülheim: „The whole dorm is inhabited mainly by Chinese and Indian people.“ Sie kenne keine*n Deutsche*n, der* die dort wohne und kritisiert: „The ghettoization of international students is really clear in my dorm and I am surprised that such a situation

is allowed.“ Mit dem Stand vom 1. Dezember wohnen in ihrem Wohnheim nur acht deutsche, aber 84 internationale Studierende (91,3 Prozent).

Ärger um Mieterhöhung

Enis hatte bei seiner Bewerbung keinen besonderen Wunsch angegeben, weil er dringend ein Zimmer benötigte. Als er im Januar die Benachrichtigung über die zum März wirksame Mieterhöhung erhielt, war er nicht in Deutschland. Erst am 10. Februar konnte er das Schreiben lesen. Trotz Nachweis über ein neues Mietverhältnis, entgegnete man ihm aber, er habe eine neunmonatige Kündigungsfrist bis September. Mehrmals schrieb er das Studierendenwerk an, ging ins Büro, suchte nach Lösungen. Auch der angestrebte Umzug in ein anderes Wohnheim – auch bereits vor der Mieterhöhung – sei erfolglos verlaufen. Bis heute habe er keine Antwort auf den entsprechenden Antrag erhalten. „Das letzte Mal wurde mir in Anführungsstrichen gesagt, ‚Sie können das Zimmer nicht ‚legal‘ zwischenvermieten‘. Das heißt, dass ich das schwarz vermieten soll, beziehungsweise muss“, beschreibt Enis seine damalige Situation.

Im Nachhinein habe er im Vertrag entdeckt, „wenn die Miete sich erhöht, muss der Student drei Monate vor Anfang des Semesters Bescheid sagen, dann darf er raus.“ Hätte er also im Dezember davon erfahren, hätte er den Vertrag beenden können. „Aber sie haben es im Januar gemacht und ich war wie eine sichere Nummer für sie“, äußert Enis seinen Unmut. Er gebe zu, den Vertrag anfangs nicht richtig durchgelesen zu haben, „aber auf der anderen Seite, habe ich mich gefühlt, als ob ich agebzockt werde.“

Laut Studierendenwerk habe man bei einem Teil der Studierenden „durch günstigere Mieten oder Umzüge“ Lösungen finden können, so Knapp. Insgesamt seien aber nur 20 Anträge

Parlament sondiert



Nach der Wahl ist vor der Koalitionsbildung. Wer in Zukunft den AStA stellen könnte, lest ihr auf **Seite 2**.

Leerstand stagniert



Im Ruhrgebiet sind soziokulturelle Freiräume rar, tausende Wohnungen stehen leer. Mehr darüber lest ihr auf den **Seiten 4 und 5**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

gestellt worden. Wer einen neuen Mietvertrag vorlegen konnte, hätte den Vertrag vorzeitig beenden können. Man habe auch Einzelfallprüfungen vorgenommen, erklärt Knapp. So bleibt es unklar, warum Enis, trotz pünktlicher Zahlung der Miete, nicht ausziehen durfte.

Sowohl er als auch Fiora ärgern sich über die mangelnde Hilfsbereitschaft des Studierendenwerks, unfreundliche Mitarbeitende, die kaum Englisch sprechen könnten und dass zuerst eine Reservierungspauschale von 600 Euro zu zahlen sei, ehe man sich das Zimmer ansehen könne. „They just bombard you with documents and mails written exclusively in German with very specific and hard-to-understand words“, empört sich Fiora. Doch laut Knapp würde zumindest zum deutschen Vertragswerk „eine englische Lesehilfe“ herausgegeben. Für die Zukunft plane man, „auch eine türkische, arabische, vielleicht auch indische, Lesehilfe“ anzubieten. Enis fasst zusammen, „Das Studierendenwerk ist ein Unternehmen.“ und Fiora meint: „They seem to be aiming exclusively at the money.“ Es gebe in den Kreisen der internationalen Studierenden etliche Beispiele, die zeigen, was alles schief läuft, so Enis. **[caro]**

*Namen von der Redaktion geändert

Koalitionspoker an der UDE

Kommentar

Ein veraltetes Relikt

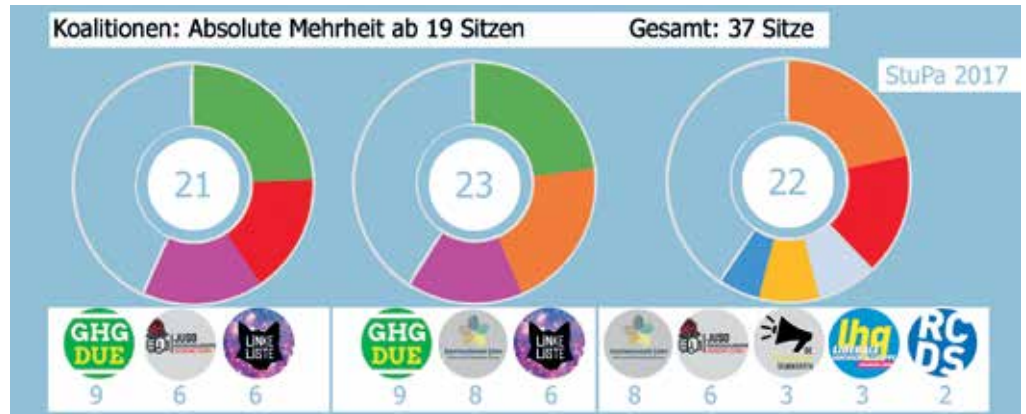
von Philipp Frohn

Enorme Gehaltsunterschiede sind bei Lehrer*innen keine Seltenheit. Je nachdem, ob die Lehrkraft verbeamtet oder angestellt ist, in welchem Bundesland und an welcher Schulform sie unterrichtet, ergeben sich große Einkommenslücken. Während der verbeamtete Gymnasiallehrer in Baden-Württemberg in der untersten Besoldungsgruppe mit rund 4.100 Euro nach Hause geht, beschränkt sich das Brutto-Entgelt der nordrhein-westfälischen Grundschullehrerin auf rund 3.100 Euro.

Die bessere Bezahlung von Gymnasiallehrer*innen entspringt dem Gedanken einer vermeintlich wertvollen Elitenbildung. Schließlich hätten Lehrkräfte der Sekundarstufe II ein deutlich höheres Arbeitsvolumen, da sie komplexeren Unterrichtsstoff aufbereiten und Schüler*innen durchs Abitur bringen müssen. Doch verschleierte diese Argumentation, dass sich das Aufgabenfeld in den vergangenen Jahren stark gewandelt hat – vor allem für Grund- und Realschullehrkräfte, die beträchtlich weniger verdienen. Neben dem Unterrichten treten wichtige Mehraufgaben wie die Inklusion und die Beschulung geflüchteter Kinder in den Fokus. Diese neuen Herausforderungen bedeuten in der Realität, dass mehr Zeit in die Unterrichtsvorbereitung investiert werden muss – obwohl Grund- und Realschullehrkräfte ohnehin schon mehr Stunden vor der Klasse stehen müssen.

Auch eine bessere akademische Ausbildung von Gymnasiallehrer*innen kann seit der Umstellung aufs Bachelor/Master-System nicht mehr als Argument für die besondere finanzielle Zuwendung hervorgebracht werden. Während sie vor Bologna noch zwei Semester länger studieren mussten als ihre Kommiliton*innen für den Primar- sowie Unter- und Mittelstufenbereich, beträgt die Regelstudienzeit nun für alle Lehramtsstudiengänge ausnahmslos zehn Semester.

Dass die Gehälter zwischen Bundesländern, Schulformen und Beschäftigungsverhältnissen erheblich auseinandergehen, ist ein völlig überholtes Relikt vergangener Zeit und drückt sich in einer nicht nachvollziehbaren Ungerechtigkeit aus. Die Thematik umschwebt zugleich der Anschein, dass Grund- und Realschullehrer*innen eine geringe Wertschätzung erhalten, während dem staatstreuen Oberstudienrat einer höheren Unterrichtsanstalt mit ein paar extra Moneten zuteilwerden. Eine Angleichung der Lehrer*innengehälter wird ein langwieriger Prozess, der jedoch bestritten werden muss. Gleichwertige Arbeit verdient gleichen Lohn.



Alles deutet auf einen AStA aus GHG, LiLi und Jusos doch auch andere Koalitionen sind rechnerisch möglich. (Grafik: dav)

Die Wahlen zum Studierendenparlament (StuPa) sind vorbei (akduell berichtete), nun beginnen die Koalitionsverhandlungen der Listen. Am wahrscheinlichsten scheint zurzeit eine erneute Zusammenarbeit von Grüner Hochschulgruppe (GHG), Linker Liste (LiLi) und der Jusos Hochschulgruppe (Jusos) wie bereits nach der StuPa-Wahl 2015.

37 Sitze gibt es im StuPa. Um den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) stellen zu können, wird eine absolute Mehrheit von 19 Sitzen benötigt. Eine Koalition aus GHG, LiLi und den Jusos könnte diese mit 21 Sitzen stemmen. Nach Angaben der GHG gebe es auch bereits Gespräche zwischen den drei Listen. Auch die LiLi spricht von einer erfolgreichen Zusammenarbeit in der Vergangenheit und erkennt „sehr viele inhaltliche Überschneidungen“. Diese zeigen sich beispielsweise in der Ablehnung gegenüber der Einführung von Studiengebühren und der Anwesenheitspflicht in NRW, der Forderung nach mehr studentischen Freiräumen und dem Ruf nach einem Kulturticket auch für Duisburg.

Weniger realistisch, rechnerisch aber möglich, wäre auch eine Koalition von GHG, Internationaler Liste (IL) und LiLi. Zwischen der IL und den anderen beiden Listen hatte es in der Vergangenheit aber einige Reibungspunkte gegeben.

Zuletzt wäre auch eine Koalition ohne GHG und LiLi möglich, wie nach der AStA-Konstituierung im vorherigen Jahr. Die IL ging dort eine Koalition mit den Unabhängigen Demokraten (UD), den Antihelden, der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ein, die noch vor Ende der Legislaturperiode in die Brüche ging (akduell berichtete). Mit der Auflösung der Antihelden wären die anderen Listen nun jedoch auf die erstarkten Jusos angewiesen. Auch diese Konstellation scheint derzeit eher unrealistisch, käme jedoch mit 22 Sitzen auf eine komfortable Mehrheit. Der RCDS betont, sich momentan eine Zusammenarbeit nur mit LHG und UD vorstellen zu können. Auch letztere würden eine Zusammenarbeit mit RCDS und LHG bevorzugen, da sie dort ihre „ideologie- und parteifreie Haltung umgesetzt sehen“, erklären sich jedoch zu Gesprächen mit allen anderen Listen be-

reit. Diese müssten jedoch „ein Vielfaches konsensfähiger werden.“

Die Bewertung des vergangenen Legislaturperiode fällt bei den Listen durchwachsen aus. LiLi und GHG kritisieren die Arbeit des ersten AStAs. „Der letzte AStA hatte außer den Skandalen nicht viel zu bieten. Es war sehr schade zuzusehen, wie sich die Organe der studentischen Selbstverwaltung selbst zerlegt haben, wie das Vertrauen der Fachschaften in den AStA bröckelte und wie schlecht ein AStA arbeiten kann“, kritisiert die LiLi, während die GHG die letzte Wahlperiode ihnen zustimmend als „chaotisch“ beschreibt. Zudem erklärt die LiLi, dass erst mit dem AStA-Wechsel im September, als Teile der Posten mit Listenmitgliedern von GHG, Jusos und LiLi übernommen wurden, ein „vernünftig arbeitender AStA“ wiederhergestellt worden sei. Die GHG zog positive Bilanz zum Abschluss des Kulturtickets und die aufgenommene Arbeit zur Anwesenheitspflicht sowie den Protesten gegen Studiengebühren zum Ende der vergangenen Amtsperiode.

RCDS, UD und LHG ziehen ebenfalls kein durchweg positives Fazit. „Die vergangene Legislaturperiode war einerseits sehr spannend, da andere Mehrheitsverhältnisse möglich waren und wir diese auch genutzt haben. Auf der anderen Seite war die Legislaturperiode sehr nervenaufreibend“, berichten die UD. Nachdem die erste Koalition zerbrochen war, habe es zudem „politische Ränkespiele und persönliche Eitelkeiten“ gegeben, kritisieren sie. Der RCDS sieht „die erste Hälfte der letzten Wahlperiode durchaus positiv, weil neue Projekte erfolgreich angegangen wurden.“ Nach dem Bruch der Koalition habe es jedoch „einen nur halb besetzten AStA“ gegeben, wodurch viel Arbeit liegen geblieben sei. „Alles in allem ist die Bilanz also äußerst durchwachsen“, so der RCDS. Die LHG sieht hingegen ein ganz anderes Problem beim AStA und erklärt: „Die vergangene Legislaturperiode zeichnet sich vor allem, wie auch jene davor, durch ein geringes Interesse an der Studierendenschaft aus.“ Sie fordert alle Listen dazu auf, gemeinsam Ansätze zu erarbeiten, „um langfristig die Wahlbeteiligung und das allgemeine Interesse an Hochschulpolitik zu steigern.“

Antworten der Jusos HSG und der IL lagen bis zum Redaktionsschluss nicht vor. [dav]

Streit um Ex-RAF-Terroristen

Als das Studierendenparlament (SP) der Universität Bonn am Montag, 4. Dezember, tagte, war der Ärger vorprogrammiert. Auslöser war die Buchvorstellung des ehemaligen Rote Armee Fraktion (RAF)-Terroristen Lutz Tauber. Am Mittwoch, 6. Dezember, präsentierte er im Bonner Buchladenkollektiv Le Sabot seine, im Juni veröffentlichte, Autobiographie *Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela. Weil die Veranstaltung mit studentischen Geldern finanziert wurde, kam es zum Streit zwischen konservativ-liberaler Opposition und rot-grün-roter AStA-Koalition.*

Als RAF-Mitglied der zweiten Generation organisierte Tauber die Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm am 24. April 1975. Ziel war die Befreiung von inhaftierten RAF-Terrorist*innen wie Ulrike Meinhof und Andreas Baader. Zwei Diplomaten der Botschaft, Andreas von Mirbach und Heinz Hillegaart, wurden dabei von den sechs RAF-Terrorist*innen ermordet. Zwei der Mitglieder verstarben später an den Folgen ihrer Verletzungen, weil sie 15 Kilogramm Sprengstoff in der Botschaft gezündet hatten. Die Geiseln konnten daraufhin teils schwer verletzt fliehen. Etwa zwei Jahre später, im Juli 1977, wurden Tauber und drei weitere Mitglieder wegen gemeinschaftlichen Mordes in zwei Fällen sowie Geiselnahme und versuchter Nötigung eines Verfassungsorgans zu lebenslanger Haft verurteilt.

Offiziell gilt Tauber nach dem Absitzen seiner Haftstrafe am 26. April 1995 als rehabilitiert. Darin – so scheint es – sind sich die Oppositionsführer des SP, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und die AStA-führende Liste, die Juso Hochschulgruppe (Juso HSG), einig. „Selbstverständlich hat Lutz Tauber Rechtsstaatlichkeit verdient“, sagt der RCDS auf Anfrage der akduell. Sie seien „stolz, in einem Land zu leben, in dem Verbrecher – dazu zählen Terroristen – nach Verbüßen der Strafe keine Angst mehr vor Verfolgung (derselben Tat) haben müssen und die Chance bekommen, (wieder) Teil der staatsbürgerlichen Gesellschaft zu werden.“ Laut RCDS habe ihre Fraktion im SP „angeprangert, dass Tauber das Weltbild der RAF nicht abgelegt hat und ihre Ziele nach eigenen Angaben mit anderen Mitteln weiterverfolgt.“

„Die Mallorca-Urlauber aber waren ganz normale Menschen“

Die Juso HSG hingegen sagt, dass „die Frage nach der Legitimität eine Veranstaltung mit einer in Bezug auf ihre Straftaten resozialisierten Person des öffentlichen Lebens“ zu bezuschussen im Vordergrund der Debatte gestanden hätte. Im SP habe sie „darauf verwiesen, dass in unserem Rechtsstaat glücklicherweise eine rechtskräftige Verurteilung nicht mit der Aberkennung von Bürgerrechten verbunden ist“. Ein zentraler Vorwurf der Opposition ist, laut Liberaler Hochschulgruppe (LHG), dass Tauber sich bis heute nicht bei den Hinterbliebenen entschuldigt und „sich nur un-

zureichend von der RAF distanziert“ habe. Eine Rolle im Zusammenhang mit den Vorwürfen sind Aussagen, die Tauber in der jüngeren Vergangenheit getätigt hat. In einem Interview mit dem *Tagesspiegel* äußerte er seinen Unmut über die Flugzeugentführung der Landshut am 13. Oktober 1977 durch die terroristische Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) bei der der Pilot ermordet wurde: „Die Mallorca-Urlauber aber waren ganz normale Menschen, wie meine Kolleginnen und Kollegen beim Weltfriedensdienst.“ LHG und RCDS bemängeln, dass Tauber nach dieser Argumentation „offenbar keine Zweifel“ an beispielsweise der Legitimität des Mordes an Arbeitgeberpräsident und ehemaligen SS-Untersturmführer Hanns-Martin Schleyer habe, der im direkten Zusammenhang mit der Entführung der Landshut stand.

Ebenfalls thematisiert wurden die Aktivitäten von Tauber während und nach seiner Haft. Der RCDS leitet aus den aktuellen Äußerungen Taubers ab, dass er „zumindest auch“ Entwicklungshelfer sei, weil er das Staats- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik ablehne und so versuche, seine RAF-Ideologie durchzusetzen. Die Juso HSG verweist auf Taubers Distanzierungen „von Gewalttaten der RAF“. Der Ex-RAF-Terrorist gilt in Teilen als Verräter, weil er während seiner Haft ein sogenanntes Gewaltmatorium (eine Art Gewaltverzicht) mitinitiierte. Zudem sagt die Juso HSG Liberale und Konservative würden die Veranstaltung als Anlass nutzen, um „in den Unwahlkampf zu starten.“ Die Sozialdemokrat*innen werfen LHG und RCDS vor „polemisch aggressiv auf die Entscheidung des Kulturplenums“, dass für die Planung der Veranstaltungen verantwortlich ist, reagiert zu haben.

„Antisemitismus war nicht Thema im SP“

Schwer dürfte zudem wiegen, dass Tauber bei seinen Tätigkeiten an die antisemitische Ideolo-

gie der RAF anzuknüpfen versucht, wie der Blog *Ferne Welten* recherchiert hat. Nach seiner Rehabilitation setzte sich Tauber später nach Brasilien ab, wo er in den Favelas (Portugiesisch für Armenviertel) arbeitete. Das tat er für den Weltfriedensdienst e. V. bei dem er inzwischen Vorstandsmitglied ist.

Die Organisation arbeitet mit dem Bundesministerium für Entwicklung zusammen und ist in palästinensischen Autonomie-Gebieten aktiv. Tauber selbst dämonisiert Israel im Interview mit der linken Tageszeitung *Neues Deutschland*. Dort heißt es: „In Palästina fördern wir die Theaterarbeit von Jugendlichen, mit denen sie sich sowohl gegen das Siedlerregime als auch gegen ihre konservative Community emanzipieren können. Ein aktueller Fokus liegt auch auf dem Kampf gegen Land- und Watergrabbing.“ Dies gilt als Codierung für die Legende der Brunnenvergiftung und einer vermeintlich umfassenden (finanziellen) Kontrolle von Israel. Dabei handelt es sich um ein antisemitisches Stereotyp: das „Weltjudentum“.

„Antisemitismus war nicht Thema im SP“, sagt der RCDS. Die von ihnen vorgetragene Argumentation „reiche auch jenseits der Antisemitismus-Vorwürfe vollkommen aus, um ihn nicht mit Geldern aus den Semesterbeiträgen zu finanzieren“, meinen die Konservativen. Den Artikel des Blogs *Ferne Welten*, der die Vorwürfe erhebt, erscheine dem RCDS als „nicht seriös“. Die Juso HSG äußerte auf Anfrage der aktuell Bedauern darüber, dass der Artikel nicht zum 4. Dezember zur Diskussion vorgelegt habe, versicherten aber: „Wir werden die neuen Informationen im Plenum diskutieren und vorschlagen, als Fraktion im SP in Zukunft davon Abstand zu nehmen, Veranstaltungen mit Lutz Tauber zu bezuschussen. Die Juso-HSG Bonn distanziert sich selbstverständlich entschieden von israelbezogenem Antisemitismus und der damit verbundenen BDS-Bewegung und verurteilt diese aufs Schärfste.“ [dpe]



Die Einladung eines ehemaligen RAF-Terroristen, sorgte für Streit an der Universität Bonn. (Symbolbild: dpe)

Mehr Freiräume gegen die Ödnis des Leerstandes

Das Recht auf Stadt für alle ist im Ruhrgebiet ein Dauerbrenner. Sowohl in Essen und Duisburg als auch in Bochum stehen vermutlich tausende Gebäude leer – manchmal Jahre bevor sie erneut genutzt oder abgerissen werden. Mehrere Initiativen stellen sich dem aktiv entgegen und fordern mehr (soziokulturelle) Freiräume. Doch oftmals bleibt es bei der Mühe, denn den Aktivist*innen werden von vielen Seiten Steine in den Weg gelegt.

Einige Fenster sind mit Holzplatten vernagelt, bei anderen deuten eingeworfene Scheiben auf Vandalismus und Verfall hin. Auch die Eingangspforte ist mit einer Holztafel verschlossen. Graffiti-Schriftzüge sind rund um das Gebäude zu sehen. Ein großer Zaun, der das Bauwerk fast vollständig umschließt, verhindert das Betreten des Geländes. Nur die Tischtennisplatten und der Bolzplatz lassen vermuten, dass es sich um ein ehemaliges Schulgelände handelt. Die einstige Hauptschule Bärendelle in Essen-Frohnhausen, die seit Mitte 2011 leer steht, zählt zu den prominentesten Beispielen, die aufgezählt werden, wenn man Initiativen nach Leerstand in Essen befragt. Nach einer viertägigen Besetzung im Jahr 2013 (aktuell berichtete) versucht die anschließend entstandene Bürgerinitiative Bärendelle (BIB) dort seither vergeblich einen soziokulturellen Freiraum zu etablieren.

Seit zwei Jahren Stillstand

Anfang 2015 war bekannt gemacht worden, dass das leerstehende Schulgebäude an die Stiftung „Mein Wohnen“ verkauft werden soll. Ursprünglich war angedacht, der BIB rund 500 Quadratmeter im Erdgeschoss für eine gemeinnützige Verwendung zu überlassen. „Wir wurden dazu aufgefordert, ein Konzept für ein soziokulturelles Zentrum zu entwickeln“, sagt Anke Dussmann, Sprecherin der BIB. Bei einem anschließenden Gespräch mit dem ASB Ruhr [Anm. d. Red.: Arbeiter-Samariter-Bund Ruhr] kam heraus, dass dieser ebenfalls die Räume im Erdgeschoss angeboten bekam. „Beim vereinbarten Abgabetermin unseres Konzepts am 1. Juli 2015 erfuhren wir, dass sich Stadt und Stiftung schon längst für den ASB als zukünftigen Mieter des Erdgeschosses entschieden hatten“, erläutert die Sprecherin. Es wurde vereinbart, dass die BIB gemeinsam mit dem ASB ein Konzept erarbeiten soll, doch von Seiten des ASB sei keine Zusammenarbeit zustande gekommen, erklärt Dussmann.

Trotz der Widrigkeiten, wurde der Kaufvertrag zwischen der Stadt Essen und der Stiftung „Mein Wohnen“ zum 1. Januar 2016 als rechtskräftig erklärt. Mit den Aktivist*innen fand seitdem nur wenig Kommunikation statt. „Im Mai 2016 gab es ein erneutes Gespräch. Es gab viele nette Worte, denen bis heute nichts Konkretes folgte. Es wurde uns eine Verbindlichkeit vermittelt, aber diese wurde uns gegenüber nicht eingelöst“, bedauert die Sprecherin der BIB. Es kam weder zu einem eigentlich versprochenen Besichtigungstermin des Gebäudes, noch erhielten die Frohnhauser*innen Aus-

künfte über die aktuellen Baupläne. Obwohl im Sommer vergangenen Jahres an dem Gebäude erste Baumaßnahmen vorgenommen worden waren, kamen die Aktivitäten im Spätherbst 2016 wieder zum Erliegen. In einem offenen Brief an das Amt für Stadtplanung und Bauordnung monierte die BIB Anfang Dezember: „Durch diese langfristigen Verzögerungen der Baumaßnahmen befürchten wir eine nachhaltige Schädigung der Bausubstanz des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes.“ Inzwischen steht fest, dass „Mein Wohnen“ im Oktober dieses Jahres eine Baugenehmigung erhalten hat – die Zukunft eines soziokulturellen Freiraums steht jedoch weiter in der Schwebe. „Wir finden es bedauerlich und auch befremdlich, weder durch die Stiftung noch durch den ASB Ruhr ein kommunikatives Entgegenkommen oder gar partnerschaftlichen Umgang zu erfahren“, kritisiert Dussmann, „da entwickelt sich schon eine gewisse Wut, Enttäuschung bis hin zum Ohnmachtsgefühl“.

Wenig Kooperationsbereitschaft

Diese Gefühle teilen auch andere Initiativen im Ruhrgebiet mit den Aktivist*innen der Bärendelle. In Duisburg streiten sich Engagierte rund um die Initiative DU it yourself! mit der Stadt seit 2016 um den Teil-Leerstand der Alten Feuerwache im Stadtteil Hochfeld, die 2005 saniert worden war, aufgrund von Versäumnissen der Stadt Duisburg bis heute aber nicht ihren ursprünglichen soziokulturellen Zweck erfüllt (aktuell berichtete). „Der Ideenfindungs-Prozess und monatelanges Engagement vieler Initiativen ist von der Stadt abgewürgt worden. Seit der Demo [Anm. d. Red.: Der Tanzdemo im Februar 2017] ist nicht viel passiert. Es bleibt ein riesen Skandal“, kritisiert die Initiative DU it yourself!, „soziokulturelle Freiräume gibt es quasi nicht.“ Im März dieses Jahres war im Duisburger Stadtrat mit den Stimmen von SPD und CDU der Antrag, die Alte Feuerwache in städtischem Besitz zu behalten und sich als Stadt für die Schaffung eines soziokulturellen Zentrums einzusetzen, abgelehnt worden.

„Die Städte haben immer noch nicht begriffen, dass solche Initiativen eine Bereicherung sind und gefördert werden müssen“, sagt währenddessen Rainer vom Bündnis Recht auf Stadt Ruhr. Es

gebe eine generelle Ignoranz und Unfähigkeit der Städte gegenüber selbstorganisierten Freiräumen, was viel mit der Geschichte des Ruhrgebiets zu tun habe. „Hier bestimmten die großen Institutionen Industrie, Sozialdemokratie und Gewerkschaften jahrzehntelang was die Menschen zu tun und zu lassen hatten. Eigeninitiative war immer verdächtig. Diese Mentalität ändert sich nur sehr langsam“, ordnet Rainer die derzeitige Situation ein.

Wie viel in den einzelnen Städten tatsächlich leer steht und sich dementsprechend zur Nutzung eignen könnte, ist schwer festzustellen. Um wenigstens annähernd Leerstandsregister führen zu können, benutzen einige Städte die sogenannte Stromzählermethode. Dabei kann über Nachforschungen bei den Stadtwerken ermittelt werden, welche Wohnungen Strom verbrauchen – und vermutlich leer stehen. Dem aktuellsten Wohnbericht der Stadt Duisburg ist zu entnehmen, dass 2014 11.629 Wohnungen leer standen – in Marxloh und Bruckhausen lag die Leerstandsquote bei über zehn Prozent. In Bochum waren zum Stichtag am 30. Juni dieses Jahres rund 5.700 Wohnungen leerstehend, was einer Leerstandsquote von 2,9 Prozent entspricht. Kritisiert wird die Zählmethode unter anderem von der Initiative Stadt für alle Bochum: „So können Wohnungen als leer gezählt werden, obwohl sie vermietet sind, einfach weil der Mieter sie nur sehr selten nutzt. Umgekehrt werden die richtigen Schrottimmobilien gar nicht mitgezählt, weil in ihnen in aller Regel die Stromzähler bereits ausgebaut sind. Kein Zähler – kein Leerstand.“ Zudem werden kurzfristige Leerstände von bis zu drei Monaten dabei gar nicht erfasst.

Um der Misere der Leerstände entgegenzuwirken, forderte Stadt für alle Bochum bereits im Herbst vergangenen Jahres eine Zweckentfremdungssatzung, wie es sie in Dortmund bereits gibt. Dahinter steht die Idee, dass Wohnraum, dem durch Verfügungs- und oder Nutzungsberechtigte der Wohnzweck entzogen wird, als zweckentfremdet gilt. Dies ist der Fall, wenn er beispielsweise länger als drei Monate leer steht oder baulich so verändert wird, dass er nicht mehr als Wohnraum taugt. Mit einem entsprechenden Antrag, den die Linksfraktion im September dieses Jahres im Bochumer Stadtrat eingereicht hatte, sollte gewähr-



Seit über einem Jahr Wind und Wetter ausgesetzt: die ehemalige Hauptschule Bärendelle in Essen-Frohnhausen. (Foto: rat)



In Bochum steht viel leer – gleichzeitig gibt es Bedarf an Freiraum. Aktivist*innen fordern ein Einleiten der Stadt. (Foto: dpe)

leistet werden, dass im Falle einer Zweckentfremdung die Stadt eingreifen und Eigentümer*innen bestrafen muss. Eine Mehrheit des Rates, mitunter auch die SPD, die die Linke zuvor noch in ihrem Vorhaben unterstützt hatte, lehnte den Entwurf jedoch ab. Im November wurde nun ein „Handlungskonzept Wohnen“ beschlossen, worin sich jedoch keine der „priorisierten Maßnahmen“ mit Leerstand beschäftigt. Die Linke hat inzwischen zwölf Änderungsvorschläge an dem Konzept gestellt, wovon auch einer den Aufbau eines Leerstandsregister beinhaltet. Ein Zwischennutzungs-Modell, wie es am 1. Dezember im Bahnhof Langendreer in Bochum diskutiert wurde, könnte derweil eine Übergangs-Konzeption darstellen. Das Team der Zwischen-Zentrale aus Bremen stellte an diesem Abend im Beisein des Bochumer Stadtbaurats Markus Bradtke ihr Konzept vor. Die Organisation, die Leerstände ermittelt, fungiert seit 2009 als Vermittler zwischen Eigentümer*innen, Stadtverwaltung, Wirtschaftsentwicklung und potentiellen Zwischennutzer*innen. Viele der Übergangslösungen, gut 25 Prozent, seien in Bremen inzwischen zu Dauerlösungen umgewandelt worden.

Kreative suchen nach Freiräumen

In Bochum hat dieses Konzept schon Anwendung gefunden: „Der Bahnhof Langendreer ist ein positives Beispiel für eine Zwischennutzung“, leitete Moderatorin Kirstin Schwierz an dem Abend die Veranstaltung ein, „das ist in enger Kooperation mit der Stadt Bochum entstanden, die die Zwischennutzung jetzt nochmal für ein Jahr verlängert hat, um eben Raum zu geben, diese Gebäude gemeinschaftlich zu entwickeln.“ Mit seinen 30 Jahren ist der selbst verwaltete, von der Stadt Bochum subventionierte Bahnhof Langendreer eines der ältesten soziokulturellen Zentren in Nordrhein-Westfalen. Auch in der ehemaligen Lutherkirche in Essen-Holsterhausen konnte 2010 und 2011 so ein temporärer Freiraum entstehen.

Noch sind solche Zwischennutzungen aber selten. Leerstand hingegen sei ein Dauerzustand, gleichzeitig gäbe es Raumbedarf, sagte Schwierz. Vor allem gilt das auch für Kreative und freie Künstler*innen. Das Freie Kunstkuratorium in Bochum beispielsweise musste 2014 seine Räumlichkeiten,

in denen langfristig Ateliers, Künstler-Residenzen, Werkstätten und Ausstellungsräume entstehen sollte, räumen, nachdem der Grundstückseigentümer Thyssen-Krupp das Gebäude verkauft hatte. Einen gemeinsamen Ort zum Austausch haben die Künstler*innen bisher nicht gefunden. „Die Besetzungen der letzten Jahre und die Anfragen von kulturellen Initiativen für Zwischennutzungen zeigen, dass ein Bedürfnis nach mehr selbstorganisierten Räumen im Ruhrgebiet vorhanden ist“, urteilt Rainer von Recht auf Stadt Ruhr.

Auch in Essen ist dieser Bedarf spürbar – und wird dennoch nicht entgegengekommen. Das sieht auch Thomas* von der Kampagne Aktion Für Freiräume Essen: „Jedes Mal, wenn in Essen ein solcher Raum entsteht, merken wir, wie groß der Andrang und der Bedarf ist. Menschen bauen Strukturen mit entsprechenden sozialen, kulturellen oder politischen Angeboten für die Bevölkerung auf, die es in Essen ansonsten nicht gibt.“ Wenn der Raum dann aber wieder wegfallt, verkümmerten diese Strukturen. „Nachdem das linke Zentrum Alibi nach eineinhalb Jahren erfolgreicher Nutzung im Mai 2017 geschlossen werden musste, gibt es aktuell in Essen keine Räume, die selbstverwaltet und unkommerziell genutzt werden können“, kritisiert Thomas.

Er vermutet, dass es den Zuständigen lieber sei, dass gar nichts passiere, als dass eventuell etwas passiert, was nicht vollständig in ihre Pläne und Kontrollrahmen passe. Anke Dussmann von der BIB sieht das ähnlich: „Wenn wir in persönlichen Gesprächen mit den Frohnhauser*innen die Lage des Gebäudes schildern, wird meist die Vermutung geäußert, dass der Verfall des Gebäudes mit Absicht hingenommen wird, um den Denkmalschutz zu kippen und das Gebäude beziehungsweise das Grundstück anderweitig und ‚profitoptimiert‘ verwerten zu können.“ Aufgeben will sie aber nicht: „Der Zuspruch der Menschen im Park, auf der Straße und im Stadtteil motiviert uns, am Ball zu bleiben und weiter für dieses Modell zu kämpfen.“ Aktuell sammelt sie Unterschriften bei Essener*innen für ihr Projekt, um den öffentlichen Druck zu erhöhen. Das Gebäude in der Bärendelle überwintert derweil ein weiteres Jahr, ohne soziokulturell genutzt werden zu können. [rat]

*Name von der Redaktion geändert

Ballern!

Glühwein trinken



Pump ab den Wein, pump ihn ab! Der Fachschaftsrat SOWI lädt noch an zwei Tagen zum gemeinsamen Glühweinschnabulieren, um euch die kalte Jahreszeit und die Vorweihnachtszeit mit alkoholischen Genusslichkeiten zu studierendenfreundlichen Preisen zu versüßen. Achtung: Erheblicher Glühweinkonsum und Vorlesungen harmonisieren nicht immer.

↗ **Mittwoch, 13. Dezember, und Montag, 18. Dezember, 12-18 Uhr, LF112, Campus Duisburg**

Bilden!

Verschränkung von Polizei und sozialer Arbeit

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe Kritik und Kuchen lädt die Fachschaft Soziale Arbeit wieder zu einem Vortrag. Nächstes Jahr entsteht in Essen ein Haus des Jugendrechts, in dem Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe eng zusammenarbeiten und kriminelle Karrieren von Jugendlichen entgegenwirken sollen. Rechtswissenschaftler Klaus Riekenbrauk soll mit Interessierten kritisch beleuchten, was das für die Soziale Arbeit bedeutet.

↗ **Donnerstag, 14. Dezember, 18-20 Uhr, So6 So6, Campus Essen, Eintritt frei**

Noch mehr Bilden!

Diskurs um Geflüchtete und sexualisierte Gewalt

Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 markiert eine Zäsur, seitdem die Debatte um Geflüchtete mit sexualisierter Gewalt verbunden und lediglich als Importproblem gesehen wird – auch wenn Statistiken das nicht belegen. Über die Konsequenzen daraus und der politischen Dimension der Debatte die Kulturwissenschaftlerin Dr. Mithu Sanyal.

↗ **Mittwoch, 20. Dezember, 19-22 Uhr, AZ Mülheim, Auerstraße 51, Eintritt frei**

“The laws have to respond to the requests of the people”



The Catalan Flag is constantly visible in Barcelona – sometimes obvious, sometimes hidden. (Photo: lenz)

Before the people of Catalonia can celebrate Christmas, they have to vote for a new regional parliament. aktuell-editor Lorenza Kaib talked with Joana, a 27-year old employee in a company managing the social services of Barcelona, and Gina, a 25-year old student, about their perception of the current political situation.

aktuell: How did you experience the day of the referendum and the following weeks?

Joana: I followed the referendum, the mobilizations and the whole process via radio and online television. With a lot of disbelief, but tension at the same time. It was a historic day which Catalonia deserved since the beginning of the Spanish democratic transition. It deserved it, because the Franco regime oppressed and harshly banned Catalan culture and language. It was incredible to see how the people of the neighborhood got self-organized in schools. People, you would never have guessed to mobilize for any political cause. And to see how they defied the Spanish police.

Gina: I experienced it very intensely, my nerves and emotions were all on edge. With a lot of anger towards the police and the Spanish government, but at the same time with emotions when seeing the organization of the people and what they may be able to achieve.

aktuell: Did you vote? What do you think about the legal status of the referendum?

Gina: Yes, I voted. I think that when a population and a regional government repeatedly asks to hold a referendum, it is totally legitimate. Then it is a civil and fundamental right that the government has to accept. From my point of view, the laws have to respond to the

requests of the people, but in reality the laws are imposed on the people and that is very serious. In each moment I was aware that it was an act of disobedience, but that is how most of the greatest changes in politics have been achieved in the past.

Joana: Yes. I voted after work. The referendum was going to be illegal either way. We live in a kingdom, the monarchy, with a constitution born of unionist legacy. For years the referendum has been requested, even during the PSOE government [*Editor's note:* Partido Socialista Obrero Español, a social democratic political party], but they also rejected the proposal. Of course, what party or government wants to face a „Yes“ as a result? There are two things of which Spain or any of its autonomous communities has neither practice nor experience in. One is citizen participation. There are no mechanisms or ways that enable people who are not in the political sphere to share their opinion.

The political citizen culture in Spain is based on voting the party with the best electoral program every four years. Entities or associations may have the municipal way to express demands or influence political decision making. Equally, the interest of the population is not represented enough. In Catalonia, new ways are being opened to boost citizen participation. The 1-O [*Editor's note:* Catalan independence referendum on the 1st of October 2017] was not a question of independence alone, as many Catalans voted „No“. It was largely a question of having the „right to vote“, to express oneself, to be heard. That is the right to decide and to participate in the political sphere. The independence movement gave enough force to impose a way for citizen participation. On the other hand,

there is no experience in the right of peoples' self-determination. Spain could have taken an example from other countries, such as Denmark or Belgium where different nations and identities coexist within the same state.

aktuell: A lot of people compared the police operations after and during the elections with the Franco dictatorship. Do you think that is appropriate or rather exaggerated?

Gina: I didn't live during the Franco dictatorship, but on the day of the referendum I felt an exciting fear. On the one hand, I had a lot of internalized euphoria when I saw the mobilization of the people. It showed that if the population rose up against many other economic and political injustices we could achieve many real changes. On the other hand, I felt a great fear and I was very shocked to see what the Spanish state was capable of doing in front of a whole population and felt very powerless to see the suffering of peaceful people – what they received was dehumanized repression. Yes it is true that I received videos my phone, and they seemed to me like images of the Franco dictatorship. Many voices of older people and of my parents' generation often verbalized this comparison.

aktuell: In general: What are your hopes and worries concerning the future of Catalonia? How do you feel about the parliamentary election on December 21st?

Joana: My hopes for Catalonia: that there will be new initiatives for citizen participation. That feminism, gender violence and ecology will be made subjects of public discussion. That the independence process will be accompanied by a rethinking of the Spanish political model and the monarchy. Thinking about the December elections, I do not have many expectations: The Spanish government has already shown how it reacts, when it does not like the political situation. I am very suspicious.

Gina: Concerning Article 155 and the elections, I am very infuriated. It is madness that the Spanish government has intervened the Catalan government in that way. This justifies the mismanagement of the government. There are only few possibilities to do politics, to negotiate and listen to the population. Although, on the other hand, I think that this scenario has been sought on purpose. Maybe this intervention against Catalonia will help them in the elections. I sincerely hope that it is the beginning of a great change, the real change we need in this country.

The interview has been translated from Spanish.

Mit High-Tech Fashion gegen Überwachung



Eine modische Verschleierung gegen Überwachung
(Foto: Pete Woodhead/flickr.com/CC BY SA)

Ein Kollektiv als Unternehmen? Hyphen-Labs, 2016 von vier Women of Color gegründet, versucht sich an dieser Art der Unternehmensführung. Seit 2014 arbeiten die vier Frauen bereits zusammen. Inzwischen sind etwa fünfzehn Personen und Kooperationspartner*innen an den futuristischen Projekten beteiligt, die internationale Aufmerksamkeit hervorrufen. Dazu gehören Virtual-Reality-Räume, wie ein Haarsalon von schwarzen Frauen zur Weiterentwicklung des menschlichen Gehirns und Fashion gegen öffentliche Überwachung und Drohnen.

„Eine Rechtsform Kollektiv gibt es nicht“, schreibt die Vernetzung Berliner Kollektive auf ihrer Homepage und erklärt weiter, dass Entscheidungen im Kollektiv vom gesamten Betrieb getroffen werden und die Löhne nach Bedarf oder gleich ausgezahlt werden. Ein solcher Zusammenschluss, der rechtlich jedoch nicht als Kollektiv betrachtet wird, ist auch das Designkollektiv Hyphen-Labs. Vor fast zwei Jahren gegründet und hochexperimentell: Neurowissenschaftlerinnen, Biologinnen, Ingenieurinnen, Sozialpsychologinnen und Künstlerinnen arbeiten zusammen, um die Grenzen von Technologie, Design, Kunst und Wissenschaft verschwimmen zu lassen. „Wir machen kritische Arbeit für kritische Zeiten“, erklärt Neurowissenschaftlerin Ashley Baccus-Clark. Angeregt von der Unterrepräsentation Schwarzer Frauen in technologischen Zusammenhängen, entwarfen die Erfinderinnen den hypothetischen Virtual-Reality-Beautysalon, in dem alle handelnden Personen schwarze Frauen sind: angelehnt an den traditionalisierten

Afro-Shop. In die Haare flechten die Frauen im digitalen Raum auch Metalle und senden elektrische Impulse, erforschen die Gehirnaktivität und dessen Optimierungsmöglichkeiten. Der virtuelle Salon soll einen Gegenentwurf zur Realität darstellen, in dem schwarze Frauen Pionierinnen der Gehirnforschung sind – und gleichzeitig Veränderungen im menschlichen Gehirn der Spielenden durch die dargestellte Symbolik untersuchen. Außerdem soll eine mögliche Epoche technologiebasierter Mode in Weltraum-Ästhetik dargestellt werden.

Politische und philosophische Fragen sollen durch reale Produkte thematisiert werden, die auf dem Spiel aufbauen: Zum Beispiel Kamera-Ohring, die schwarzen Frauen Sichtbarkeit und Schutz gewährleisten sollen, etwa wenn ihnen bei einer Polizeikontrolle das Mobiltelefon zum Filmen abgenommen wird. Eine weitere Erfindung sind reflektierende Brillen, hinter denen frau unentdeckt bleibt und die spiegeln, um Erwartungen anderer in menschlichen Interaktionen zu symbolisieren.

Gemeinsam mit dem Künstler Adam Harvey, der in Berlin ansässig ist, entwickelten die Designerinnen „HyperFace“-Textilien, auf denen rasterähnliche Muster gedruckt sind. Schwarze Vierecke, die Überwachungskameras bis zu 1.200 Gesichter vortäuschen und dessen Algorithmen verwirren. Ein pinker Schal, der durch Lichtreflexionen verhüllt. Mode, die sich direkt mit den Konsequenzen von flächendeckender Überwachung auseinandersetzt und Privatsphäre zurückholen soll. In einem vorangegangenen Projekt Harveys erfand dieser Make-up und Haarsigns, die Gesichtserkennung unmöglich machen – durch gemalte Schattierungen, fehlende Tiefen und von Haaren verdeckten Gesichtspartien. Harvey entwickelte auch hitzereflektierende Burkas und Kopftücher, in denen Silber eingearbeitet ist, um sich vor dem Wärmeerkennungssystem von Drohnen verstecken zu können.

Die Designer*innen entwickeln überwiegend Prototypen von Produkten, die besonders den Alltag Schwarzer Frauen verbessern sollen. Massenhaft wird jedoch nicht produziert. Bisher sind die Erfindungen nicht käuflich und wären auch sicherlich vorerst nicht erschwinglich. Damit wird der Zugang zu Verbesserungsmöglichkeiten verwehrt und die Erfindungen haben politisch somit rein symbolischen Charakter. In London werden einige Anti-Überwachungs-Haar- und Make-up-Trends bereits routinemäßig auf der Straße getragen – Gesicht zu zeigen ist out in der vielgefilmten Stadt. In anderen Staaten wie Österreich, wo seit einigen Monaten das Verhüllungsverbot in Kraft getreten ist, können die Trends strafrechtlich relevant werden, ebenso wie beispielsweise in Deutschland auf Demonstrationen. Die Produkte und Philosophien des Unternehmens verweisen auf die in George Orwells Dystopie 1984 angedeutete Realität, stehen jedoch in der realen Geschichte den Menschen der Überwachung nicht schutzlos gegenüber. [l]ys

Kurzgefasst

IL: Kontakte in Erdoğan's Türkei?

In der Woche der Wahlen zum Studierendenparlament der Universität Duisburg-Essen (aktuell berichtete), sorgte eine auf Türkisch verfasste Nachricht von Hamza Bera Erdoğan, einem Kandidaten der Internationalen Liste, in einem WhatsApp-Chat für Verwirrung. Danach wurde sie bei Facebook veröffentlicht, kurze Zeit später jedoch wieder gelöscht. Neben Forderungen nach einem Gebetsraum an der Uni sowie der Aufnahme von Halal-Essen im Mensaanangebot zeugte ein weiteres Wahlkampfthema der IL von Brisanz. In der Nachricht, die der Redaktion als Screenshot vorliegt, ist die Rede davon, dass „wir [die IL] mit Hilfe des Türkischen Bildungsministeriums für die Partnerschaft unserer Uni mit der ‚Neuen Türkei‘ [sind].“

Den Begriff ‚Neue Türkei‘ kann man im Zusammenhang mit den Folgen des gescheiterten Putschversuchs vom 15. Juli 2016 und der Machtzunahme des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan verstehen. Seitdem befindet sich das Land im Ausnahmezustand, der Grundrechte wie die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit einschränkt und es Erdoğan erlaubt, per Dekret zu regieren. Diese Möglichkeit besteht für ihn auch im Präsidialsystem. Bei der notwendigen Verfassungsreform am 16. April dieses Jahres, hatte mit 51,41 Prozent eine knappe Mehrheit der türkischen Bevölkerung für die Umstellung des politischen Systems gestimmt, die seitdem eine deutliche Machterweiterung des Präsidenten zur Folge hat. Die Verfassungsreform wird voraussichtlich nach den Wahlen im November 2019 in Kraft treten.

Als Konsequenz aus dem Putschversuch kündigte Erdoğan eine ‚Säuberung‘ an. Die Folge dessen waren unter anderem zehntausende Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, ebenfalls tausende Inhaftierungen von mutmaßlichen Putschist*innen sowie Sympathisant*innen und die Schließung zahlreicher Medienhäuser, denen Verbindungen zur Gülen-Bewegung vorgeworfen werden. Trotz mehrfacher Kontaktversuche reagierte die Internationale Liste nicht auf Anfragen der aktuell. Fraglich bleibt also nicht nur, ob und welche Verbindungen ins türkische Bildungsministerium bestehen und warum die Universität Duisburg-Essen eine Partnerschaft mit der immer autoritärer regierten Türkei eingehen sollte. Unklar ist auch noch, wie sich die Internationale Liste insgesamt zur Politik Erdoğan's positioniert und wie sie sich zu den Äußerungen Listenmitglieds verhält, das bei der Wahl die meisten Stimmen in der IL erhalten hat. [fro]

In der Kälte verheizt

Immer mehr Produkte werden online bestellt. Daher arbeiten Paketzusteller*innen unter stetig größerem Druck, vor allem kurz vor Weihnachten. Dass bei der Lieferung dann einiges schief gehen kann, dürfte allen Kund*innen durch eigene Erfahrungen bekannt sein. Aber woher rühren die Probleme und unter welchen Bedingungen arbeiten Beschäftigte bei der Post? Darüber, wie der Arbeitsalltag einer Paketzusteller*in aussieht, hat aktuell mit Petra* gesprochen.

Eine Situation, die allen bekannt vorkommen dürfte: Sehnsüchtig wartet man auf sein Paket. Es kann gar nicht schnell genug ankommen, schließlich ist darin doch ein Geschenk und das darf auf keinen Fall zu spät ankommen. In der Versandmail heißt es zwar, das Paket werde heute ankommen, doch das schmerzlich ersehnte Klingeln an der Haustür bleibt aus. Da Pakete zum Teil nicht ordnungsgemäß ausgeliefert werden, zum Beispiel bei Nichtantreffen des Kunden einfach irgendwo abgestellt werden, hagelt es vielerorts Kritik.

Seit über 30 Jahren arbeitet Petra nun bei der Deutschen Post AG und sorgt dafür, dass die Post pünktlich ankommt. „Ich fahre an normalen Tagen in meinem kleinen Bezirk zwischen 70 und 80 Pakete aus“, berichtet sie. In der Weihnachtszeit sei das natürlich deutlich mehr, sagt sie. „Letzte Woche waren es 134 Pakete. Dazu kommt dann ja noch die normale Post.“ Pakete hätten dabei immer Priorität, das heißt, bei Dienstschluss um 17 Uhr führe sie ab zirka halb drei nur noch Pakete aus. Dabei bleibe dann natürlich auch manchmal etwas liegen. Direkte Beschwerden an der Haustür bekomme sie selten, kennt aber Fälle, bei denen Leute sehr ungehalten auf fehlende Pakete reagierten. Sie selbst würde als erfahrene Zustellerin das Pensum in den Griff bekommen. „Wir haben aber viele neue Kollegen und die sind einfach überfordert“, erklärt Petra. „Man muss sofort alles lernen, wie man fährt, wie man packt, alles mögliche. Meiner Meinung nach ist das alles etwas viel. Die Einarbeitungszeit ist mit vier Wochen auch zu kurz. Unmöglich finde ich auch, dass einige in Bezirke gesteckt werden, die sie gar nicht kennen. Das passiert aber

manchmal, weil der Krankheitsstand so hoch ist und einfach Not am Mann ist.“ Neue Beschäftigte würden zwar nur von erfahrenen Mitarbeitenden eingearbeitet werden, aber das Arbeitspensum lasse oft nicht die Zeit, etwas vernünftig zu erklären, bemängelt sie. Bei der Frage, ob sie sich ausgebeutet fühle, zögert sie kurz. „Auch wenn meine Arbeit anstrengend ist, liebe ich meinen Job“, sagt sie. Problematisch seien eher die Arbeitsbedingungen der neu angelernten Kräfte. „Mich schockt so schnell ja nichts mehr, weil ich das schon so lange mache. Aber alle, die jetzt bei uns anfangen oder Quereinsteiger*innen sind, werden total verheizt. Großartig kümmern tut sich da keiner. Wer sich da nicht durchbeißt und durchhält, der geht sang- und klanglos unter, vor allem im Moment“, berichtet sie. Laut dem ver.di Gewerkschaftssekretär Sigurd Holler seien besonders die Bedingungen bei einigen Subunternehmern problematisch. Konkret



Die Paketzusteller*innen trotzen Wind und Wetter. (Foto: Kristina D.C. Hoepfner/flickr.com/CC BY 2.0)

nennt er das Beispiel eines Paketzustellenden, der für ein Subunternehmenvon Hermes arbeitet, Pakete zustellt – für gerade einmal 1.200 Euro netto. Seiner Einschätzung nach, komme der Beschäftigte auf über 50 Stunden pro Woche. „Bei einem Bruttoeinkommen von 1.700 Euro liegt er damit weit unter dem Mindestlohn“, erklärt er dem SWR.

Unverständnis hat Petra vor allem Last-Minute-Besteller*innen gegenüber. „Von mir aus können die ruhig weiter bestellen, das erhält ja auch meinen Arbeitsplatz. Die Menschen sind halt so, man muss nicht vor die Tür, alles wird einem bis nach Hause geliefert. Das wird nicht weniger werden, sondern eher mehr. Aber Weihnachten kommt ja jetzt auch nicht so plötzlich, man könnte ja früher anfangen zu bestellen“, schlägt sie vor. **[seg]**

**Name von der Redaktion geändert*

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg)

V.i.S.d.P.: Mirjam Ratmann (rat)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

				2	8	
1	2					6
9		5	6	4	2	
8		6	4	7	5	
		1		9	6	4
		9		2	7	6
3						9
		7	8			

WOHNHEIMGESCHICHTEN

